

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St.

Anzeigen:
Für die dreigespaltene Zeile oder deren Raum 80 ⚡
für Versammlungsanzeigen 10 ⚡ pro Zeile.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Ausgangs September werden es 51 Jahre, daß in Berlin ein von der sozialdemokratischen Partei (Allgemeiner deutscher Arbeiterverein) veranstalteter Arbeiterkongress die Gründung eines Allgemeinen deutschen Arbeiterschaftsverbandes (lies Gewerkschaftsverband) vornahm. Er existierte nicht lange, weil ihm die Grundlage fehlte: festfundierte Gewerkschaften! Diese mußten erst vorhanden sein, bevor die Basis ihres Zusammenschlusses gegeben war. Nichtsdestoweniger hat jener Kongress sowohl wie der Arbeiterschaftsverband den Anstoß zu unsern heutigen Gewerkschaften gegeben und es erscheint angebracht, bei der neuen Entwicklungslufe, die die deutsche Gewerkschaftsbewegung mit dem Zusammenschluß zum allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund erklimmt, an ihren Ausgangspunkt zu erinnern. Die Entwicklung von jenem Ausgangspunkte bis zu ihrem heutigen Stande macht die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung aus. Es ist natürlich nicht möglich, diese Geschichte mit einigen Sätzen zu veranschaulichen, das erfordert vielmehr ein starkes Werk, das noch nicht geschrieben ist. Immerhin läßt sich sagen, der Allgemeine deutsche Arbeiterschaftsverband sollte nach der Absicht seiner Gründer eine umfassende, festgestützte Organisation der gesamten Arbeiterschafts Deutschlands sein „zum Zweck gemeinsamen Vorschreitens vermittels der Arbeitseinstellungen“. Innerhalb des Allgemeinen deutschen Arbeiterschaftsverbandes sollten „die Arbeiter der einzelnen Geschäftszweige sich in allgemeinen Gewerkschaften vereinigen“. So sollte es ermöglicht werden, daß eventuell „50 000 Arbeiter an einem Tage die Arbeit einstellen, ohne um ihren Lebensunterhalt in Sorge zu sein, da die Unterstützung ihrer Brüder in ganz Deutschland ihnen gewiß ist“. Es müsse möglich gemacht werden, daß, wenn die Kapitalisten und Fabrikanten in unberechtigtem Uebermut und schamloser Habgier verharren, die Industrie einer ganzen Stadt, einer ganzen Gegend lahmgelegt werde; es müsse dafür gesorgt sein mit einem Wort, daß der Kampf unerbittlich bis aufs äußerste geführt werden könne.

Welchen ruhigen Eindruck macht demgegenüber das umfangreiche Gewerkschaftsprogramm in den Satzungen des neuen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes! Es lautet: „Die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Erwerbszweige bedürfen zur Vertretung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen der beruflichen Vereinigung in Gewerkschaften. Nur durch den Kampf der Gewerkschaften und durch kollektive Vereinbarungen mit den Unternehmern, deren Vereinigungen sowie mit den Leitungen sozialisierter (staatlicher und gemeindlicher) Betriebe können die Arbeitsverhältnisse einheitlich und vorteilhaft geregelt werden. Die Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen dauernd im Interesse der Volksgesundheit zu heben, ist die Aufgabe der Gewerkschaften. Sie kämpfen für die völlige Gleichstellung der Arbeiterklasse mit den übrigen schaffenden Gliedern des Volkes. Die Gewerkschaften wollen den Wert und das Recht der Arbeit im Staat zur vollen Geltung bringen, auch die Güte der Arbeit pflegen und die Freude an der Arbeit mehren helfen. Sie wollen die geistige Fortbildung in der Arbeiterschafte fördern und dieser den Genuß der höchsten Kulturgüter erschließen. Solange der Staat und die Gemeinden nicht eine ausreichende Fürsorge für die Erwerbsfähigen, Erwerbsbeschränkten und Erwerbslosen durchgeführt haben, pflegen die Gewerkschaften ihre eigenen Unterstützungseinrichtungen als notwendige soziale Selbsthilfe. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben fordern die Gewerkschaften maßgebenden Einfluß auf die Regelung der Wirtschaftsverhältnisse in Staat und Gemeinde, auf die Sozialgesetzgebung, die gewerbliche Rechtsprechung und die Unfallverhütung wie auch auf die Umgestaltung der Kultur-, Wirtschafts- und Handelsbeziehungen der Völker. Eine Gewerkschaft

kann ihre Aufgaben nur erfüllen, wenn sie sich als Zentralorganisation eines Berufes oder einer Industrie-gruppe über das ganze Land ausdehnt. Da das Ziel aller gewerkschaftlichen Zentralverbände das gleiche ist, vereinigen sie sich zur gegenseitigen Förderung und Unterstützung unter dem Namen „Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund“.

Diese Gegenüberstellung kann den Eindruck erwecken, als sei man vor 51 Jahren viel radikalere aufgetreten als jetzt. Allein schon eine kurze Ueberlegung dürfte erkennen lassen, daß in dieser Gegenüberstellung die Machtentwicklung der Gewerkschaften zum Ausdruck kommt. Je kraftloser sie waren, um so stärker die Worte. Es müßte überraschen, wenn es anders wäre.

Noch an eine andere Entwicklungsreihe darf bei dieser Gelegenheit erinnert werden. Lassalle, der Erwecker der modernen deutschen Arbeiterbewegung, vertrat den Standpunkt, daß Lohnbewegungen nur in wenigen und flüchtig vorübergehenden Ausnahmefällen gewissen Arbeitkreisen eine Erleichterung bringen, niemals aber eine wirkliche Verbesserung des Arbeiterstandes herbeiführen könnten. Aber trotzdem trat er für das Recht, sich durch gemeinschaftliche Verabredung über eine gemeinschaftliche Niederlegung der Arbeit zu vereinigen, um hierdurch höhere Löhne zu erlangen, ein, weil diese Forderung einmal eine juristisch ganz berechnete und zweitens eine ganz vortreffliche im Sinne seiner Agitation sei. Im gleichen Sinne schrieb auch v. Schweiger vor 51 Jahren: Es werde einem Sozialisten nie in den Sinn kommen, Arbeitseinstellungen organisieren und als Agitationsmittel benutzen zu wollen, wenn diese Arbeitseinstellungen nicht von selbst da seien. Denn der Sozialist sei der Ansicht, daß es besser wäre, ganz direkt auf das Ziel loszugehen — aufs Ziel: den Staat unter die Bestimmung der Arbeiterklasse zu bringen, die ihrerseits nichts anderes tun könne, als die Gegensätze aufzuheben. Aber für ihn gab es innerhalb der tatsächlichen Verhältnisse für die Entwicklung der Arbeiterklasse zu selbstbewusstem sozialpolitischem Element keinen andern Anknüpfungspunkt als den im Lohnverhältnis sich zeigenden Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit. Hier sollte der Hebel eingesetzt werden und wurde vor 51 Jahren auch tatsächlich eingesetzt durch Gründung von Gewerkschaften und des Arbeiterschaftsverbandes. v. Schweiger ist bald an seinem Werk verzweifelt und aus der Arbeiterbewegung ausgeschieden. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat sich entwickelt ohne ihn. Die Gewerkschaften haben in der Periode der privatkapitalistischen Warenproduktion die Arbeiter zum Klassenkampf erzogen. Sie haben große Massen der Arbeiter in starken Verbänden gegen die Unternehmer vereinigt, sie in Lohnkämpfen geschult und durch wirtschaftliche Bildung zur Erkenntnis ihrer Lage und zum Verständnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge gebracht. Die Gewerkschaften haben in jahrzehntelangem systematischem Kampf den Unternehmern nicht nur Arbeitszeitverkürzungen und Lohnverbesserungen abgerungen, sondern auch die Stellung der Arbeitnehmer in den von den Gewerkschaften beeinflussten Betrieben der Arbeitgeberwillkür entzogen. Sie haben der Arbeiterschafte die Anerkennung ihrer Organisation als gleichberechtigtem Vertragsteil erkämpft und in beträchtlichem Umfang die gewerkschaftlichen Erfolge durch kollektive Arbeitsverträge sichergestellt. Sie haben ferner die Umwandlung des Arbeiterrechts, vordem ein einseitiges Herrenrecht des Unternehmers, zum paritätischen Recht angebahnt und gefördert sowie auf die Sozialpolitik und die Gesetzgebung einen steigenden Einfluß ausgeübt. Genug, die Gewerkschaftsbewegung hat sehr wesentlich dazu beigetragen, daß beim Zusammenbruch des politischen Systems in Deutschland die Arbeiterklasse die politische Macht in die Hände nehmen konnte.

Mit der Durchführung der politischen Revolution sind aber die Aufgaben der Gewerkschaften noch keines-

wegs erschöpft, wie man das früher oft meinte. Die Aufhebung der Klassengegensätze in der Gesellschaft, die Sozialisierung, ist nicht bloß eine politische, sondern auch eine soziale Aufgabe. Die Reichs- und Landesregierungen können nur in großen Zügen durch die Gesetzgebung der Sozialisierung der Produktion die Wege ebnen. Die eigentliche praktische Arbeit der Durchführung wird durch alle Faktoren zu leisten sein, die bislang durch ihre geistigen und körperlichen Fähigkeiten der Gütererzeugung dienten. Diese Umwandlung muß planmäßig betrieben werden und wird von den Gewerkschaften gefördert. Diese erblicken im Sozialismus gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft die höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation. Die von ihnen erstrebte Betriebsdemokratie und Umwandlung der Einzelarbeitsverträge in Kollektivverträge sind wichtige Vorarbeiten für die Sozialisierung. Die weitere Mitarbeit der Gewerkschaften auf diesem Gebiet ist unentbehrlich. Sie haben auch in der Gemeinwirtschaft und selbst in völlig sozialisierten Betrieben die Interessen der Arbeitnehmer gegenüber Betriebsleitung, Gemeinde und Staat zu vertreten. Sie sind deshalb auch im Zeitalter des Sozialismus notwendig. Deshalb der Zusammenschluß der Gewerkschaften zum Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund.

Der Zweck des vom 10. Gewerkschaftskongress beschlossenen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist ein ständiges Zusammenwirken der gewerkschaftlichen Zentralverbände zur Vertretung der gemeinsamen Interessen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Dieser Zweck soll erreicht werden durch: a) die Förderung der gewerkschaftlichen Agitation; durch Sammlung und Verwertung sozialpolitischer Materialien, Aufnahme allgemeiner gewerkschaftlicher Statistiken, Herausgabe von Publikations- und Agitationschriften; b) die Förderung und Wahrung des Arbeiterschutzes, Unterhaltung von Beratungs- und Vertretungsstellen in Rechtsstreitigkeiten, Durchführung der Wahlen für die sozialpolitischen Arbeitervertretungen; c) die Veranstaltung gewerkschaftlicher Unterrichtskurse; d) die Abgrenzung der Organisations- und Agitationsgebiete der Gewerkschaften und die Entscheidung über Grenzstreitigkeiten; e) die gegenseitige Unterstützung der Gewerkschaften in der Durchführung außerordentlicher Kämpfe; f) die Pflege internationaler Beziehungen zu den Gewerkschaften anderer Länder. Es handelt sich also um gewerkschaftliche Aufgaben, deren Erfüllung allen Gewerkschaften ein gemeinsames Bedürfnis ist. Wollte jede Gewerkschaft für sich allein an die Erfüllung solcher Aufgaben herantreten, so würde oftmals überhaupt kein Resultat erzielt werden und immer ein zu großer Aufwand an finanziellen Opfern und Kraft dazu erforderlich sein. Sie werden am zweckmäßigsten durch den Bund erfüllt.

Zur Mitgliedschaft im Bund sind alle Gewerkschaften zugelassen, welche die Bundesstatuten sowie die Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse anerkennen und keine Konkurrenzorganisation einer schon angeschlossenen Gewerkschaft darstellen. Ueber die Aufnahme in den Bund entscheidet der Bundesausschuß. Es ist Pflicht der im Bund vereinigten Gewerkschaften, gegenseitig ein geistliches Nebeneinander- und Zusammenwirken zu fördern. Jeder Verband darf nur unter den Arbeitern und Arbeiterinnen seines Berufs oder seiner Industrie-gruppe Mitglieder werben.

Die örtlichen Organisationen der Gewerkschaften bilden gemeinsame Ortsausschüsse (bisher Gewerkschaftskartelle). Jedem Ortsausschuß liegt die Pflicht ob, die gemeinsamen gewerkschaftlichen Interessen der Mitglieder am Ort zu vertreten, insbesondere die Wahlen zu den Schlichtungsausschüssen, den Versicherungsämtern, den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, den Krankenkassen und Handwerkskammern und zu sonstigen Arbeitervertretungen vorzubereiten.

Wie die Organisation der deutschen Zimmerer schon der ersten gemeinschaftlichen Gewerkschaftsorganisation, dem Allgemeinen deutschen Arbeiterschaftsverbande, angehörte, hat sie auch seinem Nachfolger, dem Allgemeinen deutschen Arbeiter-Unterstützungsverbande, angehört. Als dieser im Jahre 1874 gerichtlich „vorläufig geschlossen“, im Prozeß 1875 freigegeben, dann aber infolge der Einigung in der Arbeiterbewegung liquidiert wurde, wirkte die Zimmererorganisation wiederum auf einen Zusammenschluß der Gewerkschaften hin. Den Erfolg dieser Bestrebungen verhinderte der Erlaß des Sozialistengesetzes im Jahre 1878. Als Anfang der achtziger Jahre in Berlin ein Generalkomitee der Berliner Gewerkschaften gegründet wurde, war ihm die Zimmererorganisation angeschlossen. Ein Gewerkschaftsprozess im Jahre 1883 gab dem Komitee den Todesstoß. Unser Zentralverband gehörte zu den Gründern der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands im Jahre 1890 und ist ihr immer angeschlossen gewesen. Er ist nunmehr natürlich auch Mitglied des neuen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Im Allgemeinen deutschen Arbeiterschaftsverbande wirkte unser Kamerad Gustav Lübker als Vizepräsident. Im Allgemeinen deutschen Arbeiter-Unterstützungsverbande bekleideten diesen Posten die Gebrüder August und Otto Kapell abwechselnd, Kamerad v. Mielke war Kassierer. Kamerad August Kapell förderte dann die Bestrebungen zum Zusammenschluß der Gewerkschaften bis zum Jahre 1878. Dem Generalkomitee der Berliner Gewerkschaften gehörte Kamerad Marzian an. Mitglied der Generalkommission war von 1893 bis 1896 Kamerad Schrader, von 1896 bis 1902 Kamerad Bringmann. Seit der Sitzverlegung der Generalkommission von Hamburg nach Berlin im Jahre 1902 ist Kamerad Rube ihr Kassierer. Er bekleidet diesen Posten auch im neuen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund. Genug, in der deutschen Zimmererorganisation war die Idee des Zusammenwirkens der Gewerkschaften von jeher lebendig und wirksam. Wir dürfen hoffen, daß es immer so bleiben wird.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Die Statistikkarte für den 27. September

ist fällig. Sofortiges Ausfüllen und Einsenden ist dringende Pflicht. Die Feststellungen werden auch im vierten Vierteljahr weitergeführt. Das Material wird den Zahlstellen rechtzeitig zugehen. Der Zentralvorstand.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

Bericht über eine Agitationsreise durch Thüringen und Provinz Sachsen.

Im Auftrage des Zentralvorstandes referierte ich in der Zeit vom 15. August bis 7. September in den Zahlstellen Eisenach, Salzungen, Meiningen, Suhl, Arnstadt, Rudolstadt, Kahla, Jena, Weimar, Erfurt, Gotha, Langensalza, Mühlhausen, Eisleben, Halle, Merseburg, Wittenberg, Dessau, Bitterfeld, Schönebeck, Burg b. Magdeburg, Uckerleben und Bernburg über das Thema: „Die gegenwärtige Situation und die Aufgaben unseres Zentralverbandes“. Die Versammlung in Suhl konnte infolge eines Mißverständnisses nicht stattfinden. Die Zahlstelle Magdeburg teilte mit, daß auf Beschluß einer Sitzung der Verbandsfunktionäre auf mein Erscheinen verzichtet würde. Der Besuch hätte in allen Versammlungen ein besserer sein können; als Entschuldigung für den schlechten Besuch wurde die Ernte und der weite Weg, den die Kameraden bis zu ihrer Wohnung machen müssen, angegeben. Mehr als 50 pzt. der Mitglieder waren erschienen in Rudolstadt, Gotha, Eisleben und Schönebeck. In den besuchten Zahlstellen sind zusammen rund 4000 Mitglieder vorhanden; davon haben 1135 die Versammlungen besucht. Angenehm berührt hat die große Aufmerksamkeit, mit der das Referat entgegengenommen wurde. Im allgemeinen waren die Kameraden mit den Ausführungen einverstanden und besprachen im Rahmen der Ausführungen zu handeln. Leider ist aber durch die politischen Wirrnisse in einigen Zahlstellen ein Teil unserer Mitglieder von der Gewerkschaftsarbeit abgelenkt worden; diese Mitglieder glauben, in einer politischen Versammlung zu sein. In jedem Verbandsangestellten erblicken sie einen Verräter. Sie gehen von vornherein mit der Absicht in die Versammlung, die lange aufgestapelten Kraftausdrücke einmal an den Mann zu bringen. Die Versammlung in Gotha nahm einen sehr würdigen Verlauf; nach Beendigung des Vortrages verließ von den gut 150 anwesenden Mitgliedern der größte Teil die Versammlung, um noch rechtzeitig die Eisenbahn zu erreichen. Es blieben noch circa 35 bis 40 Mann im Lokal; von diesen nahm ein Mitglied das Wort, um ein ganzes Schlagwörterlexikon loszulassen. Alle Kraftausdrücke, vom Bonzen bis zum Verräter, mußten herhalten, um glaubhaft zu machen, daß die Gewerkschaftsangehörigen nur für sich selbst sorgen, im übrigen aber die Arbeiterschaft verraten. Diese Ausführungen wurden durch demonstratives Bravo unterstützt. Ich habe in meinen Schlußausführungen mein Bedauern zum Ausdruck gebracht, daß es möglich sei, mit derartigen inhaltslosen Ausführungen Eindruck zu machen. Nach Schluß der Versammlung mußte ich dann erfahren, daß der Redner erst in diesem Jahre

Mitglied unseres Verbandes geworden sei. Vor dem Kriege war er Mitglied im Holzarbeiterverband, während des Krieges wurden keine Beiträge bezahlt, und nach Beendigung des Krieges mußten erst scharfe Maßnahmen ergriffen werden, um ihn dem Verbands zuzuführen. In Wittenberg und Bitterfeld gingen die Wogen ebenfalls ziemlich hoch. In Bitterfeld wurde ernstlich das Verlangen gestellt, die Angestellten des Verbandes sollten sich der U. S. V. anschließen oder von ihren Posten zurücktreten. Hier wurden auch alle Schlagwörter gebraucht, um den Glauben zu erwecken, daß die Angestellten am dem ganzen Glend schuld seien. Es war mir aber möglich, mit den Kameraden zu diskutieren, und ich habe den Eindruck mitgenommen, daß wir uns bedeutend näher gekommen sind. In der Versammlung in Merseburg machten der Delegierte zur 21. Generalversammlung und das von der Zahlstelle außerdem noch nach Hamburg entsandte Mitglied Mitteilungen, die die Tatsachen geradezu auf den Kopf stellen. Unter anderem wurde behauptet, daß der Zentralvorstand und die Gauleiter sämtliche Delegierten unter ihren Willen gezwungen haben. Weiter seien die Mitglieder der Opposition, wenn sie das Rednerpult bestiegen hätten, mit dem Wort „Spartakus“ vom Bureau empfangen. Man hat das Gefühl, daß einer den andern übertrumpfen will. Erfreulich in dieser Versammlung war, daß zum Schluß auch diese Redner für eine geschlossene Gewerkschaft eintreten. In allen Versammlungen, mit Ausnahme von Gotha, war man recht ungehalten darüber, daß der Gauleiterposten bisher noch nicht wieder besetzt ist. Es ist die Ansicht verbreitet, daß sämtliche Zahlstellen bei den Lohnbewegungen besser abgeschnitten hätten, wenn eine bessere Verbindung untereinander bestanden hätte. Ueberall wird verlangt, so schnell wie möglich den Posten zu besetzen. In einigen Fällen habe ich die Beobachtung machen müssen, daß die Vorstände nicht immer ihre Pflicht voll und ganz erfüllen. Es geht nicht an, daß man die Versammlungen zum Tummelplatz für die politischen Strömungen herabdrückt. Wir haben gerade genug zu tun, wenn unsere Verbandsinteressen in den Versammlungen wahrgenommen werden sollen. Mit dem Ausgang der Versammlungen bin ich voll zufrieden, ich habe die Auffassung, daß ihr Zweck erfüllt ist. Ueberall habe ich einen guten tüchtigen Stamm Mitglieder vorgefunden; das gibt mir Garantie dafür, daß unsere Zahlstellen auf der Höhe bleiben. Vor allen Dingen müssen sich aber unsere Kameraden daran gewöhnen, nicht nur zahlende, sondern auch tätige Mitglieder zu sein und alle Versammlungen zu besuchen. Frankfurt a. M., den 12. September 1919.

Heinrich Ehlers.

Unsere Lohnbewegungen.

Gestreikt wird in Beuthen (Bezirk Liegnitz), Cuxhaven, Daffow, Degow, Doberan, Feldberg i. M., Frankenhäusen, Freiburg i. Schl., Goldberg i. Schl., Graudenz, Grevesmühlen, Hönningen, Kolmar i. Posen, Lauenburg i. Pommern, Lüneburg, Lyck, Merseburg, Merchau, Neusalz, Neustettin, Dhrbruf, Rügenwalde, Sommerda, Schleiz, Schwaan, Stralsund, Wittingen, Wölfsz, Zehdenick, Ziebingen und Züllichau.

Das Haupttarifamt für das Baugewerbe tritt am 29. September 1919 in Berlin zusammen, um die eingegangenen Sachen zu erledigen. Auf der Tagesordnung stehen 143 Sachen. Davon betreffen 26 lediglich das Tiefbaugewerbe, die übrigen 117 das Hochbaugewerbe. Davon haben 42 der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, 36 der Deutsche Bauarbeiterverband, 35 der Zimmererverband und 4 der Christliche Bauarbeiterverband anhängig gemacht.

Ein Streik in Ahrensböck hat nach viertägiger Dauer mit Erfolg geendet. Der Lohn beträgt vom 15. September an M. 2,10, vom 17. Oktober an M. 2,20 und vom 15. November an M. 2,30.

Streik in Schwaan i. M. Infolge Scheiterns der Verhandlungen mit den Unternehmern sind unsere Kameraden am 12. September in den Streik getreten. Sie fordern eine Zulage von 25 pzt.

Streik in Züllichau. Der geringe Stundenlohn von M. 1,40 nötigte unsere Kameraden zu einer Lohnforderung von 35 pzt pro Stunde. Alle Bemühungen, mit den Unternehmern in Verhandlungen zu treten, blieben jedoch fruchtlos. Am 16. September ist deshalb der Streik beschlossen worden.

Streik in Zehdenick. Nach wiederholter Ablehnung der Unternehmer, in Verhandlungen über eine Teuerungszulage einzutreten, haben unsere Kameraden am 16. September den Streik beschlossen.

Streik in Neustettin. Hier sind, so wird uns berichtet, die Zimmerer geschlossen in den Zustand getreten. Sie erhalten in der ganzen Umgegend den niedrigsten Lohn, M. 1,80 die Stunde, weil die Unternehmer bei dem Tarifabschluß vorgeben, gar keine Aufträge zu haben. Jetzt zeigt sich das Gegenteil. Außerdem ist Neustettin, obgleich es in den agrarischen Gefilden liegt, die teuerste Stadt in ganz Hinterpommern. Dem Abschluß des Tarifes mit M. 1,60 pro Stunde wurde auch nur zugestimmt in der Erwartung, daß die Kosten für die Lebenshaltung sinken würden. Das ist nicht eingetreten, sondern sie sind noch erheblich gestiegen. Um nun eintgermaßen mit der Familie leben zu können, forderten die Kameraden 25 pzt. Teuerungszulage; die Arbeitgeber bewilligten gnädigst 6 pzt. Das wurde von den Kameraden abgelehnt. Am 27. August wurde uns in Verhandlungen mitgeteilt, daß den Maurern 6 pzt. zugesagt seien, uns Zimmerern auch. Während die Maurer die Sache dem Haupttarifamt unterbreitet haben, ist uns das nicht möglich, weil wir trotz vieler Bemühungen nicht in den Besitz eines Verhandlungsprotokolls kommen. Warum, sagt folgendes: Die Maurer sind in ihrer Verhandlung am 21. August von 20 pzt. auf 12 pzt. heruntergegangen. Wenn das Tarifamt im besten Falle die 12 pzt. festsetzt, dann sollen die Zimmerer auch nicht mehr haben. Die Zimmerer sind nicht gewillt, auf einen

derartigen Kuhhandel einzugehen. Schließlich wurde uns noch ein Schriftstück zugestellt, wonach die Unternehmer die 6 pzt. vom 1. September an zahlen, sich im übrigen auf den Entscheid des Tarifamts festlegen; was dieses bestimmt, wollen sie zahlen; aber sie haben in dem Schriftstück nicht gesagt, von wann sie das zahlen wollen. Am Ende tritt das Tarifamt im November zusammen, und von dann an zahlen die Unternehmer auch die Teuerungszulage. Wir sollen also Ja und Amen dazu sagen, was mit andern Organisationen vereinbart worden ist; denn das man uns am 27. August zur Verhandlung holte, geschah nur, um den Schein zu wahren. Aus all diesen Gründen sind die Zimmerer einstimmig und geschlossen in den Zustand getreten. Wir haben es hier mit Unternehmern zu tun, die durch den Krieg nichts, aber auch gar nichts gelernt haben. Der Verdienst ist bei ihnen gut, daß sie dem Arbeiter, der den Gewinn erarbeiten muß, auch etwas zukommen lassen, davon ist gar keine Spur.

Zum Streik in Byritz wird uns noch geschrieben: Bei Ablauf unseres Tarifes am 31. März dieses Jahres betrug der Stundenlohn einschließlich Teuerungszulage M. 1,80. Unsere Forderung lautete auf M. 1,80. Die Bewegung wurde durch Schiedsspruch erledigt, der uns M. 1,60 Stundenlohn eintrug. Ueber eine neue Forderung auf 20 pzt. Zulage wurde am 25. August verhandelt, leider ohne Erfolg. Die Unternehmer boten zuerst 5 pzt., dann 10 pzt. Zulage. Am 8. September fanden neue Verhandlungen im Beisein der Gauleiter statt; sie verliefen ebenfalls resultatlos. In einer am selben Abend stattgefundenen gemeinschaftlichen Bauarbeiter- und Zimmererverversammlung wurde über die Verhandlungen berichtet und der Beschluß gefaßt, am 9. September in den Streik zu treten. Ein vorher gemachter Versuch, die Unternehmer noch in letzter Stunde unzufrieden, mißglückte. Am Mittag des 9. September waren alle Plätze leer; Polizei und Lehrlinge hatten sich dem Streik angeschlossen. Am 10. September hatten zwei Unternehmer den Maurern die geforderten 30 pzt. pro Stunde bereits bewilligt. Nun war das Eis gebrochen. Am 11. September bestellte der Vorsitzende der Unternehmerr die Lohnkommission zu Verhandlungen; hier wurde unsere Forderung bewilligt. Am 12. September wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Streik in Merchau. Weil die Unternehmer ihre Forderung, 20 pzt. Teuerungszulage pro Stunde, ablehnten, sind unsere Kameraden am 15. September in den Streik getreten.

Streik in Neusalz. Zur Durchführung einer Teuerungszulage von 70 pzt. sind unsere Kameraden in den Streik getreten. Sie hatten bisher M. 1,60 Stundenlohn, wohingegen ungelernete Arbeiter bereits M. 1,80 erhielten.

Streik in Graudenz. Infolge Weigerung der Unternehmer, in Verhandlungen einzutreten, haben unsere Kameraden den Streik erklärt.

Streik in Rastenburg. Wiederholte Verhandlungen in Rastenburg über eine Teuerungszulage sind gescheitert. Eine Versammlung unserer Kameraden am 13. September hat beschlossen, in den Streik zu treten.

Zum Streik in Merseburg wird uns berichtet: Nachdem in einer am 18. August in Halle stattgefundenen Verhandlung des Bezirksarbeitgeberverbandes und Vertretern des Bauarbeiterverbandes eine Teuerungszulage von nur 8 pzt. vereinbart worden war, ohne Zustimmung der Zimmerer, deren Vertreter nicht zu der Verhandlung geladen waren, nahm die Zeitung der Zahlstelle Merseburg dazu Stellung. Ehe schon unsere Kameraden in einer Versammlung zusammenkamen, entstand eine große Erregung, besonders auf dem Leunawerk, über das willkürliche Verhalten der Bauarbeitervertretung in Halle. Für einen so großen Bezirk ein so niedriges Angebot gleich bezirklich festzulegen, war höchst ungewöhnlich, es entspricht auch nicht ganz den Vergleichsvorschlägen bei den zentralen Verhandlungen in Berlin am 13. August. Man mußte damit rechnen, daß nicht alle Zahlstellen der Arbeiterorganisationen damit einverstanden sein können und wollen. Ist schon 10 pzt. Teuerungszulage sehr gering, so hätte man auf keinen Fall noch darunter gehen dürfen. Man hätte das der örtlichen Regelung überlassen müssen, zumal auch den Zimmerern keine Einladung zugegangen war, an der Verhandlung teilzunehmen. Die Verhandlung auf dem Leunawerk am 11. September sollte das letzte Wort sprechen, ob das Angebot des Merseburger Arbeitgeberverbandes und der Baufirmen des Leunawerkes Annahme finden solle. Einmütig wurde erklärt, daß es bei der stetig verteuerten Lebenslage nicht mehr möglich sei, mit den Löhnen auszukommen. Ein Ausgleich von 15 pzt. Teuerungszulage könnte wohl als die mindeste Forderung gelten. Bei der letzten Verhandlung am 10. September wurden diese Gründe den Unternehmern klargestellt und ohne die Ermächtigung zu haben, von den Vertretern ein Vermittlungsvorschlag des Bauarbeitervertreterers auf 12 pzt. mit unterbrückt, um einen Streik zu vermeiden. Er fand kein Gegenkommen, die Unternehmer wollten es auf einen Kampf antkommen lassen, hatte man doch unsern Vertretern zu verstehen gegeben, daß es ihnen, den Unternehmern, gleichgültig sei, ob gestreikt wird.

Die Versammlung am 12. September in Merseburg nahm gleichfalls Stellung zu dem Angebot von 10 pzt. Nach reiflicher Erwägung schlossen sich die Zimmerer dem Streik an. Die Stimmung der circa 625 Streikenden ist die beste.

Ueber Verhandlungen in Bremen wegen einer weiteren Teuerungszulage wird uns berichtet: In einer Mitgliederversammlung am 19. Juli nahmen wir Stellung zu einer weiteren Teuerungszulage. Es wurde beschlossen, an den Bund der Baugeschäfte sofort eine Forderung von M. 1,20 einzureichen und der Lohnkommission Verhandlungsfreiheit einzuräumen. Der Bund der Baugeschäfte verwies uns an die Zentralinstanzen. Nachdem am 12. und 13. August in Berlin die Grundlage geschaffen war, kam es endlich am 22. August in Bremen zu Verhandlungen. Hier wurde uns nach längeren Verhandlungen ein Angebot von 40 pzt. gemacht. Auf unser Verharren bei einer weiteren Zulage versprachen uns die Unternehmer für weitere 10 pzt. in ihrer Versammlung einzutreten. Diese weiteren 10 pzt. lehnte aber eine Veramsmi-

